

Niederschrift

über die 08. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Denkmalpflege und Umwelt am 29.10.2020 um 19.00 Uhr in der Turnhalle der Eider-Treene-Schule

Vom Ausschuss sind anwesend:

Vorsitzender Burkhard Beierlein
Stadtverordneter Dietrich Jacobs
Stadtverordneter Andreas Pruns
Stadtverordneter Walter Reimers
Stadtverordneter Ingo Schley
Stadtverordneten Bernd Witt
Bürgerliches Mitglied Michael Meier
Bürgerliches Mitglied Niels Möller
Bürgerliches Mitglied Thomas Paulsen

Von der Stadt Friedrichstadt:

Bürgermeisterin Christiane Möller-von Lübcke
Wehrführer Thorsten Mahmens
Personalratsmitglied Volker Klomann

Vom Amt Nordsee-Treene:

Femke Postel, Protokollantin (Vertretung für Nils Brodersen)

Weitere Anwesende:

Von der Presse: Helmuth Möller
5 Gäste bzw. Zuhörer*innen

Beginn: 19:00 Uhr
Ende: 21:15 Uhr

Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung, Begrüßung durch den Ausschussvorsitzenden und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
 - a) Dringlichkeitsanträge
 - b) Beschlussfassung über die eventuelle Nicht-Öffentlichkeit einzelner Tagesordnungspunkte
3. Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift über die 07. Sitzung vom 20.08.2020
4. Einwohnerfragestunde
5. Bericht des Ausschussvorsitzenden
6. Bericht der Bürgermeisterin
7. Beratung und Beschlussfassung über das zeitliche Vorgehen bezüglich der sich räumlich bedingenden Bauvorhaben
 - An- und Erweiterungsbau Eider-Treene-Schule
 - Abriss und Neubau Sporthalle
 - 2./3. Sanierungsabschnitt Bauvorhaben „Doesburger Str., u.a.“
 - Feuerwehrgerätehaus
8. Stadtplanung bzw. Stadtentwicklung (u.a. Etablierung eines Tiny-House-Projektes, Freihaltung von Sichtachsen auf den hist. Stadtkern, Entlastung der Parksituation in der hist. Altstadt)
 - 8.a. Beratung und Beschlussfassung über den Abriss des sog. alten Zollhauses, Am Deich zur Erweiterung von Parkplatzflächen (Entlastung der hist. Altstadt)
 - aufgrund von erfolgten Haltverboten im Bereich Am Stadtfeld, u.a.

- aufgrund der grundsätzlichen Anforderung zur Freihaltung des Marktplatzes und der diesen umgebenden Straßen
- 8.b. Grundsatzbeschluss über die mögliche Realisierung eines Tiny-House-Projektes im Bereich Halbmond 1 - Flur 6, Flurstück 75 - (hier: Änderung des Bebauungsplanes Nr. 18) und Einleitung eines Bauleitplanverfahrens
- 8.c. Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 18 - 3. Änderung für das Gebiet westl. Neuer Hafen, südlich der Tönninger (B 202) – Halbmondgelände
- 8.d. Öffentlicher Aufruf zur Abgabe einer Interessenbekundung (inkl. Konzept) potentieller Investoren zur möglichen Realisierung eines Tiny-House-Projektes - Informationen zu den Rahmenbedingungen
- 9. Beratung und Beschlussfassung über die kurzfristige Rodung des Grundstückes 139, Flur 4 (Bahnhofstraße, Bau von Parkplätzen)
- 10. Beratung und Beschlussfassung über die Vergabe der Dienstleistung "Ausschreibung eines Sanierungsträgers im Rahmen des Städtebauförderungsprogramms Hist. Altstadt [Städtebaulicher Denkmalschutz] - vergaberechtlicher Bestandteil" an die GM.SH (Gebäudemanagement Schleswig-Holstein AöR)
- 11. Ausschreibung Erschließungsplanung zu B-Plan Nr. 15, 4. Änderung
- 12. Anfragen
- 13. Finanz- und Personalangelegenheiten
- 14. Grundstücksangelegenheiten

1. Eröffnung der Sitzung, Begrüßung durch den Ausschussvorsitzenden und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Ausschussvorsitzende, Herr Beierlein, eröffnet um 19:00 Uhr die 8. Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Denkmalpflege und Umwelt, begrüßt alle Anwesenden recht herzlich, bedankt sich für das Interesse der Zuhörer*innen zur heutigen Ausschusssitzung und stellt die ordnungs- und fristgemäße Ladung fest. Der Ausschuss für Bau, Planung, Denkmalpflege und Umwelt ist beschlussfähig.

Aus Gründen des Infektionsschutzes (Corona-Virus) findet die heutige Sitzung abermals in der Turnhalle der Eider-Treene-Schule statt.

2. Feststellung der Tagesordnung

a) Dringlichkeitsanträge

Der Ausschussvorsitzende Beierlein bittet darum wie folgt weitere Tagesordnungspunkte (kurz: TOP) in die Tagesordnung aufzunehmen:

TOP 7 neu 7a - bisheriger Punkt 7 –

Beratung und Beschlussfassung über das zeitliche Vorgehen bezüglich der sich räumlich bedingenden Bauvorhaben

- An- und Erweiterungsbau Eider-Treene-Schule
- Abriss und Neubau Sporthalle
- 2./3. Sanierungsabschnitt Bauvorhaben „Doesburger Str., u.a.“
- Feuerwehrgerätehaus

neu 7b

Beratung und Beschlussfassung über die Beauftragung eines Bodengutachtens für den Bereich Schleswiger Straße / Neubau Feuerwehrgerätehaus

TOP 8 e Beratung und Beschlussfassung über die Beauftragung eines Bodengutachters Tiny House Standort

TOP 13 wird in Ermangelung einer geplanten Thematik gestrichen.

Die Ausschussmitglieder sprechen sich einstimmig für die vorgeschlagene Änderung der Tagesordnung aus.

b) Beschlussfassung über die eventuelle Nichtöffentlichkeit einzelner Tagesordnungspunkte

Per einstimmigem Beschluss wird TOP 14 – alt – Grundstücksangelegenheiten, neu unter TOP 13, unter Ausschluss der Öffentlichkeit behandelt, da darin u.a. personenbezogene Daten behandelt werden (Datenschutz).

3. Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift über die 7. Sitzung vom 20.08.2020

Seitens des Ausschusses werden keine Einwendungen vorgebracht. Der Ausschuss beschließt die Niederschrift vom 20.08.2020 mit einer Enthaltung (Michael Meier, FBV).

Ausschussmitglied Walter Reimers (SPD) moniert, dass das Protokoll erst so spät zugegangen sei. Es wird darauf hingewiesen, dass nicht alle Rückmeldungen der Ausschussmitglieder zeitnah vorlagen.

4. Einwohnerfragestunde

Es wird sich wie folgt erkundigt:

- Wie hoch ist die Auslastung der öff. Parkplätze?
- Wie hoch ist die Anzahl öff. Parkplätze?
- Gibt es für den Abriss des alten Zollhauses anderweitige Gründe, als nur die Schaffung von Parkplätzen?
- Warum wird stattdessen kein Wohnraum geschaffen?
- Wie viele Parkplätze werden durch den Abriss des alten Zollhauses geschaffen?
- Mit welchen Kosten ist der Abriss des alten Zollhauses verbunden?
- Was kostet es, dort Parkplätze zu errichten?

Der Ausschussvorsitzende erläutert, dass es hierzu Informationen bei der Behandlung der jeweiligen Tagesordnungspunkte geben werde. Sollten Fragen dabei nicht beantwortet werden, mögen diese bitte schriftlich eingereicht werden.

Weiter wird sich wie folgt erkundigt:

- Zu TOP 9: Weshalb muss eine kurzfristige Rodung auf dem Gelände beim Bahnhof erfolgen? Bäume müssen geschützt werden. Es wird auf den Klimawandel verwiesen.

Der Ausschussvorsitzende erläutert, dass es sich um einen bestehenden Tauschvertrag handelt. Die Stadt Friedrichstadt ist in der Pflicht, dort nunmehr Parkplätze zu errichten, damit der Tauschvertrag umgesetzt werden kann. Im Zuge des Tauschvertrages wird im Gegenzuge ein Bereich der Pendlerparkplätze am Bahnhof wegfallen und muss entsprechend auf dem betroffenen Grundstück ersetzt werden. Die Rodung ist mit der Naturschutzbehörde abgestimmt worden.

- Zu TOP 8 d: Sollen die Tiny Houses dauerhaft bewohnt werden?

Der Ausschussvorsitzende erläutert, dass eine rein touristische Vermietung erfolgen solle. Durch die Tiny Houses kann eine touristische Nutzung geschaffen werden, ohne den Bestand der Stadt – insbesondere in der Altstadt – zu beanspruchen. Bislang handelt es sich jedoch nur um eine vage Vorplanung.

- Zu TOP 10: Was ist mit Sanierungsträger gemeint?

Seitens der Verwaltung wird erläutert, dass der Sanierungsträger die Maßnahmen im Rahmen der Städtebauförderung betreut. Es handelt sich um Aufgaben, die die Verwaltung aufgrund der Spezifizierung der Thematik nicht selbst wahrnehmen kann. Dies gilt auch für das Vergabeverfahren. Entsprechend soll hier eine Beauftragung der GM.SH erfolgen.

Es wird sich erkundigt, ob dies mit dem Verfahren der Kaserne in Seeth vergleichbar sei. Dies wird verneint. Bei der Kaserne in Seeth ist die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (kurz: BimA) involviert. Die Thematik ist nicht vergleichbar.

- Zu TOP 11: Welcher Bereich sei damit gemeint?

Der Ausschussvorsitzende erläutert, dass es sich um die Erweiterung des Neubaugebietes hinter der Gemeinschaftsschule handelt.

- Bezüglich der Thematik Tiny Houses wird sich erkundigt, ob sich die Ausschussmitglieder gut informiert fühlen.

Ausschussmitglied Walter Reimers (SPD) teilt mit, dass man sich gut informiert fühlt. Dies liegt u.a. daran, dass man sogar an der Thematik mitgearbeitet hat.

Eine weitere Person erkundigt sich danach, ob es möglich wäre, die Weide im Bereich vor der Lütjen Brück einzukürzen, da diese den Bootsverkehr behindere. Ferner bittet er darum, dass der Eckbereich zwischen Naturerlebnisraum und dem alten Bestandteil des damaligen Schulwaldes (Straße Am Schulwald) – also dort wo der Westersielzug in den sog. Toten Arm übergeht – heruntergeschnitten werden möge. Das Dickicht sei sehr zugewachsen und erschwere eine Sicht auf die Treene.

Der Ausschussvorsitzende teilt mit, dass die Verwaltung (hier: Ordnungsamt) sich der Prüfung annehme.

Die anfragende Person wird daraufhin von einer Zuschauerin verbal in harschem Ton angegangen. Die Dame wirft der anfragenden Person vor, dass mit jener Anfrage Grün vernichtet werde. Das Grün müsse erhalten bleiben. Es gelte nicht nur freie Fahrt und freie Sicht.

Ausschussmitglied Ingo Schley (FBV) entgegnet, dass es sich bei dem Rückschnitt der betroffenen Weide um eine Maßnahme zur Sicherung der öff. Sicherheit auf einem Wasserweg handle.

Der Ausschussvorsitzende ergänzt, dass der Einwand zur Kenntnis genommen werde. Jedoch müsste stets eine Abwägung zwischen der Unberührtheit der Natur und den notwendigen Maßnahmen, die nun einmal zu treffen sind, erfolgen. Zudem werde die Weide, die wahrscheinlich auf Privatgrund steht, sofern nach Prüfung erforderlich, auch nur eingekürzt. Sie wird nicht beschädigt. Buschwerk könne und solle man zudem regelmäßig herunternehmen, damit es unten nicht verkahle. Ferner würde die Stadt Friedrichstadt größere Eingriffe grundsätzlich mit der Unteren Naturschutzbehörde abstimmen.

Weitere Anfragen liegen nicht vor.

5. Bericht des Ausschussvorsitzenden

Der Ausschussvorsitzende informiert wie folgt:

- Der Fußweg im Bereich der Van-Wouwer-Straße wurde erneuert
- Die Lütje Bruch, die bereits seit längerem abgängig ist (Gründung), muss erneuert werden. Sie wird im Zuge der Spundwandsanierung 2021/2022 entfernt. Die Planung für einen Neubau soll 2021 erfolgen.
- Der 1. Bauabschnitt der Baumaßnahme Doesburger Straße, Drager Weg, Oldenkoooger Ring, Schwabstedter Weg steht kurz vor dem Abschluss. Die Arbeiten warteten mit diversen Schwierigkeiten auf, die zu Verzögerungen geführt haben.

6. Bericht der Bürgermeisterin

Es liegen keine weiteren ausschussrelevanten Themen vor, die nicht ohnehin schon im Verlaufe dieser Sitzung thematisiert werden.

7. a) Beratung und Beschlussfassung über das zeitliche Vorgehen bezüglich der sich räumlich bedingenden Bauvorhaben

- **An- und Erweiterungsbau Eider-Treene-Schule**
- **Abriss und Neubau Sporthalle**
- **2./3. Sanierungsabschnitt Bauvorhaben „Doesburger Str., u.a.“**
- **Feuerwehrgerätehaus**

Der Ausschussvorsitzende berichtet über die Problematik:

In den kommenden Jahren werden im Bereich sowie in der näheren Umgebung der Schleswiger Straße die oben genannten großen Bauprojekte umgesetzt.

Diese werden ggf. gleichzeitig erfolgen. Dies hängt jedoch von Vergabefristen, Liefermöglichkeiten, etc. ab.

Zudem mangelt es der Stadt grundsätzlich an Lagerflächen für die Baumaßnahmen. Dies zeigt sich bereits daran, dass die Baufirma, die den 1. Sanierungsabschnitt des BV Doesburger Str., u.a. bearbeitet, bereits schon jetzt die Fläche für das künftige Feuerwehrgerätehaus beanspruchen musste.

Daher hat die Verwaltung darum gebeten, über eine zeitliche versetzte Umsetzung der Bauvorhaben zu beraten.

Die Mitglieder des Ausschusses sehen hier nach einem kurzen Austausch jedoch keinen Bedarf. Wichtig sei jedoch, so das Ausschussmitglied Ingo Schley, dass es einen Koordinator gäbe. Der Ausschussvorsitzende teilt mit, dass die Verwaltung die Planer von Anfang an zu einer Abstimmung des jeweiligen Bauvorhabens mit den Planern (sollten es verschiedene

werden) verpflichten solle. Dies ist so auch der Stadt Tönning mitzuteilen. Seitens des Ausschusses wird sich dafür ausgesprochen, die Maßnahmen samt Koordinierung auch seitens der Politik zu begleiten. Ausschussmitglied Walter Reimers erklärt sich dazu bereit, da er ohnehin schon in der Arbeitsgruppe für das neue Feuerwehrgerätehaus vertreten ist. Der Ausschussvorsitzende und die Bürgermeisterin begrüßen diese Idee.

Es wird wie folgt einstimmig entschieden:

Auf Vorschlag des Ausschussvorsitzenden soll jegliche Planung parallel verlaufen. Es soll keine Zurückstellung einzelner Projekte erfolgen. Die Projekte sind einander gegenüber als gleichwertig zu betrachten. Die Abstimmung mit den Planern und der Verwaltung in Tönning obliegt der Verwaltung.

7 b) Beratung und Beschlussfassung über die Beauftragung eines Bodengutachters für den Bereich Schleswiger Straße / Neubau Feuerwehrgerätehaus

In Hinsicht auf die Beschaffenheit des Bodens (Standfestigkeit künftiger Gebäude) und möglicher Bodenverunreinigungen ist ein Bodengutachten erforderlich.

Die Ausschussmitglieder stimmen einstimmig dafür, dass ein solches flächendeckend – d.h. auch für künftige Anbauten (zukunftsgerichtete Betrachtung) – von der Verwaltung beauftragt werden soll.

8.a. Beratung und Beschlussfassung über den Abriss des sog. alten Zollhauses, Am Deich zur Erweiterung von Parkplatzflächen (Entlastung der hist. Altstadt)
- aufgrund von erfolgten Haltverboten im Bereich Am Stadtfeld, u.a.
- aufgrund der grundsätzlichen Anforderung zur Freihaltung des Marktplatzes und der diesen umgebenden Straßen

Der Tagesordnungspunkt wird kontrovers diskutiert. Grundlegend wird die Verknüpfung eines Abrisses zur Schaffung von Parkplätzen seitens SPD und SSW in Frage gestellt. Beide plädieren für Sozialen Wohnungsbau. Der Ausschussvorsitzende teilt noch einmal seine Auffassung mit, dass er es für fragwürdig hält, Sozialen Wohnungsbau direkt an einer vielbefahrenen Bundesstraße (Immissionen).

Folgendes wird angeführt:

- Sichtachsen auf die hist. Altstadt sind aufgrund früherer Konzepte freizuhalten. (Bürgermeisterin CDU)
- Sichtachsen können nicht mehr freigehalten werden, da die Stadt damals schon zwei der Gebäude, die sie dafür hätte eigentlich abreißen sollen, verkauft hat. (Reimers, SPD)
- Das Tiny House Gelände dürfe aufgrund der guten Lage und dem Zugang zum Wasser nicht als Gelände für Parkplätze genutzt werden. (SPD sowie CDU/FBV)
- Abriss des alten Zollhauses nur, wenn dort der Bau von Sozialwohnungen anvisiert wird (SPD sowie SSW). Die Fa. Denkstatt (Projekt Zukunftsstadt) solle sich damit befassen (Reimers, SPD).
- Das Zollhaus ist abgängig (Schley, FBV): Im Gegensatz zu SPD und SSW habe sich die Fraktionsgemeinschaft von FBV und CDU das Gebäude von Innen angesehen. Einer Person wurde dabei übel, da es in dem Gebäude geradezu stank. Es zeigten sich Schimmelbildung, Risse in den Wänden und im Keller stand Wasser. Das Gebäude sei ein Fass ohne Boden. Ausschussmitglied Paulsen (CDU) bekräftigt dieses Bild vom Zustand des Gebäudes und verweist als Anwohner der Altstadt noch einmal auf die Problematik des mangelnden Parkraumes – insbesondere für Anwohner. Es

- sei sehr wichtig, außerhalb und fußnah, weiteren Parkraum für Tagestouristen zu schaffen.
- Ggf. könnte dort auch ein Ärztehaus errichtet werden (Reimers, SPD).
 - Der soziale Wohnungsbau sei notwendig. Aber die Stadt habe keine Flächen mehr. Die Einzelhändler in der hist. Altstadt seien auf die Touristen angewiesen, dies habe die Zeit des Lockdowns anschaulich aufgezeigt, und dies erfordere weiteren Parkraum, für den die Stadt jedoch wiederum auch keinerlei geeignete Flächen im Eigentum vorweisen könne. Ferner gäbe es noch immer die Verpflichtung aus den 90er Jahren, den Marktplatz und die umliegenden Straßen von parkenden Fahrzeugen freizuhalten (steht im Zusammenhang mit erhaltenen Fördergeldern für die erfolgte Erstellung von Parkplätzen an der B 202). Diese Parkplätze müssen außerhalb geschaffen werden. Ferner zeige auch die Aufstellung der Feuerwehr, dass der Parkdruck in der Altstadt gemindert werden müssen und dazu sei weiterer Parkraum im Außenbereich sinnvoll (Bürgermeisterin, CDU).
 - Statt Parkplätzen sollte das Parkraumkonzept samt Parkleitsystem erstellt und umgesetzt werden. Dies würde den Parkdruck mindern. Sozialer Wohnungsbau sei wichtiger (Möller, SPD).
 - Das Parkraumkonzept befindet sich in der Erstellung. Doch damit ein solches später greife, müsse es auch beschlossen werden. Es wird an die vorherigen, gescheiterten Versuche erinnert. Die Altstadt muss entlastet werden und dies ginge nur durch weitere öff. Parkplätze in unmittelbarer Nähe zur Altstadt. Das Gelände sei neben dem für die Tiny Houses das einzig geeignete (Bürgermeisterin, CDU).
 - Die Stadt habe ausreichend Parkplätze. Der Tourismus würde nur zwei bis drei Monate im Jahr die Parkplätze außerhalb beanspruchen. Es gäbe ausreichend Parkplätze außerhalb der Altstadt. Darüber hinaus würden andere Personen wie Mitarbeiter, z.B. die des Amtes, die Stadt zum Parken. Der öffentliche Personennahverkehr müsse mehr in den Fokus rücken und es müsse mehr für Radfahrer gemacht werden (Möller, SPD).
 - Es wird darauf verwiesen, dass das Thema Parkraumkonzept in einem anderen Ausschuss behandelt wird (Ausschussvorsitzender Beierlein).

Da sich abzeichnet, dass kein Konsens möglich scheint, entscheidet sich der Ausschussvorsitzende zu folgendem Schritt:

Der Abriss des Zollhauses wird separat betrachtet und nicht an eine explizite Nachnutzung gebunden. Er weist darauf hin, dass der Keller auch entfernt werden und der Bereich erst dann genutzt werden dürfe, wenn sich jener nach erfolgter Zuschüttung nicht mehr setze. Er verweist hier auf die Problematik beim Abriss des Gebäudes Großer Garten, wo Personen nach Freigabe der Fläche entsprechend sehr tief eingesackt waren. Die Verwaltung hat solch ein Szenario zu beachten und zu verhindern.

Ausschussmitglied Paulsen schlägt vor, die Freifläche bis zu einer Entscheidung vorübergehend als Parkplatz zu nutzen. So könne in 2021 auch die Auslastung geprüft werden.

Die anwesenden Mitglieder des Ausschusses pflichten diesem Vorgehen bei.

Es wird folgender Beschluss formuliert:

Der Abriss des alten Zollhauses (inkl. Keller) wird beschlossen und soll kurzfristig von der Verwaltung umgesetzt werden.

Die dann zur Verfügung stehende Fläche soll als vorübergehende Parkplatzfläche genutzt werden, bis über eine endgültige Verwendung beschlossen worden ist.

Es wird wie folgt abgestimmt:

Für den in der Sitzung formulierten Beschlussvorschlag stimmen:

Schley (FBV), Witt (FBV), Beierlein (CDU), Paulsen (CDU), Meier (FBV)

Gegen den in der Sitzung formulierten Beschlussvorschlag stimmen:

Möller (SPD), Jacobs (SPD), Reimers (SPD), Pruns (SSW)

Der Abriss des alten Zollhauses wurde damit beschlossen. Ferner soll an entsprechender Stelle dann ein Übergangsparkplatz errichtet werden. Der Einebnung ist ohnehin erforderlich, um die Fläche verkehrssicher zu gestalten.

Auf Anraten des Ausschussmitgliedes Reimers (SPD) sollten die nachfolgenden Tagesordnungspunkte 8 b bis 8 d vertagt werden. Es sollte lediglich unter 8 e das Bodengutachten beschlossen werden und dann erst auf Grundlage des Ergebnisses dieses Bodengutachtens über die Punkte 8 b bis 8 d abgestimmt werden.

Der Ausschussvorsitzende hält dies für ratsam. Er schlägt jedoch vor, da die Punkte unstrittig sind, jene mit einer aufschiebenden Bedingung zu beschließen. Diese Bedingung ist ein positives Bodengutachten.

Die Ausschussmitglieder stimmen diesem Vorgehen einstimmig zu.

TOP 8 e – alt – nun TOP 8 b – neu – „Beratung und Beschlussfassung über die Beauftragung eines Bodengutachtens Tiny House Standort“ wird einstimmig vorgezogen.

Die Beauftragung eines Bodengutachtens wird einstimmig beschlossen.

TOP 8 b – alt – nun TOP 8 c – neu – „Grundsatzbeschluss über die mögliche Realisierung eines Tiny-House-Projektes im Bereich Halbmond 1 - Flur 6, Flurstück 75 - (hier: Änderung des Bebauungsplanes Nr. 18) und Einleitung eines Bauleitplanverfahrens“ – wird einstimmig beschlossen, sofern das Bodengutachten positiv ausfällt.

TOP 8 c – alt – nun TOP 8 d – neu – „Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 18 - 3. Änderung für das Gebiet westl. Neuer Hafen, südlich der Tönninger (B 202) – Halbmondgelände“ - wird einstimmig beschlossen, sofern das Bodengutachten positiv ausfällt.

TOP 8 d – alt – nun TOP 8 e – neu – „Öffentlicher Aufruf zur Abgabe einer Interessenbekundung (inkl. Konzept) potentieller Investoren zur möglichen Realisierung eines Tiny-House-Projektes - Informationen zu den Rahmenbedingungen“ – wird in der vorliegenden Fassung veröffentlicht, sofern das Bodengutachten positiv ausfällt.

9. Beratung und Beschlussfassung über die kurzfristige Rodung des Grundstückes 139, Flur 4 (Bahnhofstraße, Bau von Parkplätzen)

Die betroffene Fläche war verkauft worden. Nachträglich stellte sich allerdings heraus, dass hier die Hauptgasleitung verläuft und die Fläche nicht, wie vom Käufer geplant, mit einem Gebäude bebaut werden darf. Entsprechend erfolgte ein Tauschvertrag, um der Verpflichtung als Verkäufer nachzukommen. Das einzig geeignete Grundstück war ein Teilstück der Pendlerparkplätze. Entsprechend wurde hier ein Tauschvertrag geschlossen. Um diesen umsetzen zu können, muss die Stadt nunmehr das betroffene Grundstück roden, um hier Ersatz-Pendlerparkplätze zu schaffen und ihrer Verpflichtung aus dem Kaufvertrag nachzu-

kommen. Die Untere Naturschutzbehörde wurde im Rahmen eines Vor-Ort-Termins über die Problematik informiert und hat ihr Benehmen erteilt.

Die Verwaltung wird einstimmig beauftragt, die Rodung kurzfristig während der erlaubten Zeitspanne Oktober bis Februar umzusetzen.

10. Beratung und Beschlussfassung über die Vergabe der Dienstleistung "Ausschreibung eines Sanierungsträgers im Rahmen des Städtebauförderungsprogramms Hist. Altstadt [Städtebaulicher Denkmalschutz] - vergaberechtlicher Bestandteil" an die GM.SH (Gebäudemanagement Schleswig-Holstein AÖR)

Die Unterlagen sind allen Ausschussmitgliedern im Vorwege zugegangen. Um die Maßnahmen, die im Rahmen der Städtebauförderung realisiert werden sollen, zu bearbeiten, bedarf es eines sog. Sanierungsträgers. Sanierungsträger werden zur Erfüllung der Aufgaben in Hinsicht auf Planung und Durchführung Städtebaulicher Gesamtmaßnahmen bestellt, da es sich um eine spezifizierte Aufgabe handelt, die nicht unter die alltäglichen Aufgaben einer Verwaltung fallen und dafür kein Fachpersonal vorgehalten wird. Die Ausschreibung eines solchen Sanierungsträgers ist aufgrund der gesetzlichen Vorgaben wiederum auch an entsprechende Maßstäbe gebunden, die ebenfalls aufgrund der nicht alltäglichen Bearbeitung nicht von der Verwaltung wahrgenommen werden können (u.a. aufgrund der Höhe von Schwellenwerten, Verfahrensvorgaben). Die Kommunen können sich in Schleswig-Holstein jedoch der GM.SH bedienen. Die GMSH nimmt die staatlichen Bauherren- und Planungsaufgaben für Land und Bund in Schleswig-Holstein wahr. Zudem ist sie zuständig für die Bewirtschaftung der vom Land genutzten Liegenschaften und für die Beschaffung von Material und Leistungen für die Landesbehörden. In dieser umfassenden Ausrichtung bietet sie ihre Leistungen auch sonstigen Trägern der öffentlichen Verwaltung an. Diese erbringt dann eine entsprechende Dienstleistung für die jeweilige Kommune.

Der Ausschuss beschließt einstimmig, die Beauftragung der GM.SH.

11. Ausschreibung Erschließungsplanung zu B-Plan Nr. 15, 4. Änderung

Ausschussmitglied Pruns (SSW) verlässt den Sitzungsraum.

Für die Fortführung der Bauleitplanung und im Zusammenhang mit der im Oktober 2019 eingeführten Wasserrechtlichen Anforderungen zum Umgang mit Regenwasser - Teil 1: Mengenbewirtschaftung (A-RW 1) ist es zwingend erforderlich frühzeitig einen Erschließungsplaner zu beauftragen.

Der Ausschussvorsitzende erläutert dahingehend noch einmal den Ortstermin mit der Wasserbehörde und dem Wasserverband Norderdithmarschen, der vor einiger Zeit stattgefunden hat und die Problematik der Entwässerung des Grabenabschnittes zwischen Schule und Baugebiet zum Anlass hatte und auch die künftige Entwässerung der Erweiterung betrifft.

Er erkundigt sich, ob im Gremium noch Nachfragen vorhanden sind.

Eine ZuhörerIn bekräftigt eine Nachfrage.

Der Ausschussvorsitzende verweist darauf, dass die Einwohnerfragestunde erfolgt ist und nunmehr keine Fragen zugelassen sind. Sie möge ihre Anfrage bitte schriftlich an die Verwaltung stellen.

Seitens des Gremiums gibt es keine Nachfragen.

Der Ausschuss beschließt mit einer Enthaltung die Ausschreibung eines Erschließungsplaners für den B-Plan Nr. 15, 4. Änderung. Eine Abstimmung mit dem Wasserverband Norderdithmarschen soll erfolgen. Der wirtschaftlichste Bieter soll mit der Erschließungsplanung beauftragt werden.

Ausschussmitglied Pruns betritt wieder den Sitzungsraum.

12. Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

Der Ausschussvorsitzende bedankt sich bei allen Anwesenden für das entgegengebrachte Interesse und bittet die Zuhörer*innen für den nichtöffentlichen Teil die Räumlichkeiten zu verlassen.

Ende öffentlicher Teil

Nicht öffentlich:

[...]

Der Ausschussvorsitzende stellt die Öffentlichkeit wieder her.

Er bedankt sich bei allen Beteiligten für den regen Austausch und schließt die Sitzung um 21:15 Uhr.

Vorsitzender

Protokollantin

Vorabveröffentlichung! Beschlussfassung über Einwendungen erfolgt erst in der kommenden Sitzung!